

## "Interview mit Willy Brandt über die europäische Friedensordnung" in Sozialdemokratischer Pressedienst (14. Juli 1967)

**Legende:** Kurz nach den deutsch-französischen Konsultationen verteidigt Willy Brandt, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (BRD), in einem Interview mit dem Sozialdemokratischen Pressedienst am 14. Juli 1967 das Konzept einer europäischen Friedensordnung.

**Quelle:** Sozialdemokratischer Pressedienst. 14.07.1967, Nr. P/XXII/132. Bonn: Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH. "Europäische Friedensordnung vorbereiten", auteur:Brandt, Willy , p. 2-3.  
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

**Urheberrecht:** Alle Rechte vorbehalten

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"interview\\_mit\\_willy\\_brandt\\_uber\\_die\\_europaische\\_friedensordnung"\\_in\\_sozialdemokratischer\\_pressedienst\\_14\\_juli\\_1967-de-b7c32810-822e-49f5-93f1-7ad03528743d.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 03/07/2013

## Europäische Friedensordnung vorbereiten!

### Interview mit Bundesaußenminister Willy Brandt

Nach den deutsch-französischen Konsultationsgesprächen in Bonn hat Bundesaußenminister Willy Brandt dem Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes, Günter Markscheffel, nachstehendes Interview gegeben:

Frage: Herr Bundesminister, Ihr kürzliches Interview über eine europäische Friedensordnung hat viel Aufmerksamkeit erregt. Es hat auch kritische Vorbehalte gegeben. Sind Sie, auch gerade nach den deutsch-französischen Konsultationen, zu etwas anderen Auffassungen gekommen?

Antwort: Im Gegenteil. Ich bin in meinen Auffassungen bestärkt worden und habe keinen Grund, die verhältnismäßig ausführlichen Äußerungen meines Interviews in Deutschlandfunk zu korrigieren. Bei der beginnenden öffentlichen Erörterung dieser Fragen liegt mir an größtmöglicher Klarheit. Wir haben zunächst einmal zu unterscheiden zwischen dem kurzfristig vor uns liegenden Problemen der nächsten Monate, den, wenn Sie so wollen, mittelfristigen Fragen, die schon in die siebziger Jahre reichen, und den darüber hinausgehenden Perspektiven.

Frage: Können Sie diese Unterscheidung etwas näher erklären?

Antwort: Zu den mittelfristigen Fragen gehören beispielsweise die Studien, die der Harmel-Ausschuß über die künftigen Aufgaben unseres Bündnisses ausarbeitet. Dieser, nach dem belgischen Außenminister benannte Ausschuß ist Ende letzten Jahres eingesetzt worden. Ich hoffe, daß wir in der Dezentertagung der NATO über Empfehlungen beraten können, wie das Bündnis selbst die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen fördern kann, ohne Frieden, Sicherheit and Stabilität zu gefährden. Dabei wird auch eine Rolle spielen, wie die europäische Komponente des Nordatlantischen Bündnisses deutlicher gemacht werden kann. Die NATO ist ja kein Selbstzweck; sie hat sich als erfolgreiches Instrument unserer Sicherheit bewährt und muß den sich ändernden Erfordernissen weiterhin angepaßt werden.

Im Ganzen gesehen ist es die Politik der Regierungen, die Spannungen in Europa abzubauen und sich mit den Fragen zu beschäftigen, die sich dadurch für das Bündnis ergeben. Hieran wird in diesen Monaten, also kurzfristig, gearbeitet, aber Konsequenzen werden sich nicht von heute auf morgen ergeben.

Frage: Haben Sie nicht auch empfohlen, die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit in den Dienst der europäischen Entspannung zu stellen?

Antwort: Ja. Ich mache mir hierbei auch die Entschließung zu eigen, die das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa (Monnet-Komitee) im vorigen Monat in Brüssel angenommen hat. An diesem Komitee sind bekanntlich auch führende Persönlichkeiten der deutschen Parteien und Gewerkschaften beteiligt. Ich halte es im Sinne dieser Entschließung für erstrebenswert, daß die Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas einen Kooperationsausschuß anstreben, der den Handel ausweitet, einen verstärkten Austausch technologischer Kenntnisse fördert und damit zu einer wachsenden Zusammenarbeit zwischen Ost und West führt. Das würde im übrigen kein starres System zwischen EWG und COMECON bedeuten, sondern eine sinnvolle Ergänzung meines Wunsches nach einer Ausweitung des Systems der bilateralen Handelsverbindungen.

Frage: Kann man dies nicht gerade als mittelfristig bezeichnen, denn die Konsequenzen positiver Entscheidungen werden doch sicher einige Zeit in Anspruch nehmen?

Antwort: Das ist richtig. Alle diese Überlegungen müssen ja auch Teil einer Zielvorstellung zugeordnet werden. Die Begriffe „Europäisches Sicherheitssystem“ und „Europäische Friedensordnung“ dürfen nicht einseitig belegt werden. Ein Sicherheitssystem in Europa kann man sich im übrigen unter Weiterbestehen der gegenwärtigen Bündnisse vorstellen. Sie müssen dann nur in ein Verhältnis zueinander gebracht werden.

Das andere Denkmodell läuft darauf hinaus, die NATO und den Warschauer Pakt stufenweise abzulösen und etwas Neues an ihre Stelle zu setzen, sofern es nicht weniger Sicherheit bedeutet. Die Erörterung dieser Fragen im Bündnis ist der Sinn der Arbeiten des Harmel-Ausschusses.

Ich habe mit meinem französischen Kollegen Couve de Murville vereinbart unsere Konsultation über europäische Sicherheit in den siebziger Jahren so zu erweitern, daß sie nicht nur die Probleme der Verteidigung, sondern auch solche eines Sicherheitssystems einbeziehen. Es gibt parallele Überlegungen der Engländer und ähnliche Überlegungen der Amerikaner. Wir suchen das Gespräch mit allen Beteiligten und haben es hier und da schon eingeleitet. Bei dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Pompidou in der vorigen Woche in Moskau hat sich ergeben, daß Frankreich und die Sowjetunion diese Fragen und auch die gesamteuropäischen Beratungen darüber zumindest als Merkposten festgehalten haben.

Hier geht es um weitreichende Dinge, bei denen deutsche Überlegungen und Vorschläge nicht nur unentbehrlich sind, wenn man an die Lösung denkt, sondern auch notwendig zur Wahrung unserer Interessen. Es versteht sich wohl von selbst, daß hieran innerhalb der Regierung gewissenhaft gearbeitet und daß darüber mit den parlamentarischen Kräften eingehend beraten werden muß.

Frage: Die Bundesregierung ist also nicht nur zur Erörterung dieser Probleme bereit, sondern aktiv interessiert?

Antwort: Genau so ist es.

Frage: Welchen Unterschied machen Sie zwischen einem Sicherheitssystem für Europa and einer europäischen Friedensordnung?

Antwort: Dies ist einfach zu beantworten. Eine Friedensordnung bedeutet mehr als Sicherheit und Entspannung, nämlich einen weitgehenden Ausgleich, ein Auffüllen der Gräben und Klüfte, ein Einebnen der Mauern und Grenzen, die es heute noch gibt; also auch eine Lösung der politischen Fragen.

Frage: Eilt ein solches Konzept den heutigen Problemen nicht zu weit voraus?

Antwort: Jeder Tag sorgt schon für seine Probleme. In der Vergangenheit hat es eher die Gefahr gegeben, daß von Tag zu Tag, von der Hand in den Mund, Politik gemacht wurde. Es gehört zu den Ansprüchen dieser Regierung an sich selbst, auch weitreichende Konzepte zu entwickeln oder mindestens vorzubereiten.

Frage: Ist die Kürzung des Verteidigungshaushalts ein Vorschuß auf ein solches Konzept?

Antwort: Zunächst möchte ich sagen, das Konzept bedarf der Erörterung, bei uns und mit anderen. Es gibt bisher keine geschlossene politische Strategie. Das bedeutet in Bezug auf Ihre Frage: Hier handelt es sich nicht um die Vorwegnahme möglicher späterer Entscheidungen. Das Kabinett hat aus seiner Verantwortung für den Haushalt eine Entscheidung treffen müssen. Es hat in keiner Weise so über Truppenstärken entschieden und es wird nicht ohne den normalen Prozeß der Konsultationen mit unseren Verbündeten entscheiden. Hier ist einige Verwirrung entstanden, die sich hätte vermeiden lassen.

Aber trotzdem ist es natürlich so: Wenn die Bundesregierung mit einer akuten Gefahr rechnen oder keine Chance für die Entspannung sehen würde, dann hätte sie auch in der finanziellen Bedrängnis nicht so entscheiden können wie sie entschieden hat.